

# Antragsheft

6. Landesparteitag, 1. Tagung  
Lutherstadt Wittenberg, 18. Februar 2017

**DIE LINKE.**  
SACHSEN - ANHALT



# Inhaltsverzeichnis

	<b>Seiten</b>
Einladung und Parteitagsorganisation	3 - 4
Entwurf der Tagesordnung	5
Entwurf des Zeitplanes	6
Entwurf der Geschäftsordnung des 6. Landesparteitages	7 - 10
Vorschlag für die Arbeitsgremien des 6. Landesparteitages	11 -12
Entwurf des Leitantrages „Gerechtigkeit verbindet“	13 - 14



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
verehrte Gäste,

wir laden herzlich ein zu unserem nächsten Landesparteitag.

**Die 1. Tagung des 6. Landesparteitages findet am Samstag, dem 18. Februar 2017, statt.**

**Tagungsort ist das das Stadthaus, Mauerstraße 18, 06886 Lutherstadt Wittenberg.**

Die Tagung ist für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt der Auftakt zur Bundestagswahl im September 2017. Inhaltliche Grundlage wird der erste Entwurf des Bundestagswahlprogramms sein.

## **Hinweise zum Antragsverfahren**

### **21. Dezember 2016: Veröffentlichung des Leitantrages**

Gemäß § 16 Absatz (5) unserer Landessatzung wurde der Leitantrag sechs Wochen vor dem Landesparteitag vom Landesvorstand veröffentlicht. Er geht den Delegierten mit diesem Antragsheft zu und ist auf der Website des Landesverbandes verfügbar.

### **6. Januar 2017: Antragsschluss für ordentliche Anträge**

Antragsschluss für die ordentlichen Anträge war gemäß § 16 Absatz (5) der Landessatzung am 6. Januar 2017. Bis zu diesem Termin sind keine Anträge in der Landesgeschäftsstelle eingegangen.

### **13. Februar 2017, 10.00 Uhr: Antragsschluss für Änderungsanträge**

Änderungsanträge zu Leitanträgen, anderen Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind gemäß Kapitel III, Punkt 16 der Geschäftsordnung des 6. Landesparteitages – vorbehaltlich eines Beschlusses über eine neue Geschäftsordnung – bis spätestens fünf Tage vor Beginn des Landesparteitages – bis zum 13. Februar 2017, 10.00 Uhr – schriftlich zur Weiterleitung an die Antragskommission bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen.

### **Adresse für Änderungsanträge:**

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
Landesgeschäftsstelle  
Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg  
Fax: 0391 732 48 48  
E-Mail: [lgst@dielinke-lsa.de](mailto:lgst@dielinke-lsa.de)

## Organisatorisches

### Kinderbetreuung

Selbstverständlich wird es auch bei diesem Landesparteitag eine **Kinderbetreuung** geben. Wir müssen aus organisatorischen Gründen um eine **verbindliche Anmeldung** bis spätestens acht Tage vor dem Parteitag, also **bis zum 10. Februar 2017, 10 Uhr**, unter der Telefonnummer 039 1 732 48 40 oder per E-Mail [lgst@dielinke-isa.de](mailto:lgst@dielinke-isa.de) bitten.

### Website

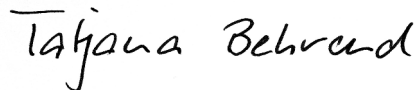
Alle Informationen zum Landesparteitag – einschließlich eines Links zum Routenplaner – sind im Internet auf der Website des Landesverbandes veröffentlicht: [www.dielinke-sachsen-anhalt.de](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de)

Wir freuen uns auf einen interessanten, diskussionsreichen Landesparteitag, auf die Delegierten, die Gäste sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Mit herzlichen Grüßen



Birke Bull-Bischoff  
Landesvorsitzende



Tatjana Behrend  
Landesgeschäftsführerin

### Tagungsort

Stadthaus  
Mauerstraße 18  
06886 Lutherstadt Wittenberg  
[www.wittenberger-stadthaus.de](http://www.wittenberger-stadthaus.de)

### Parkplätze

Parkplätze stehen in der Berliner Straße und am Neuen Rathaus in unmittelbarer Nähe des Tagungsobjekts zur Verfügung.

Entwurf

## **Tagesordnung**

### **der 1. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 18. Februar 2017 in Lutherstadt Wittenberg**

1. Begrüßung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Geschäftsordnung, Wahl der Arbeitsgremien, Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans)
3. Rede der Landesvorsitzenden, Einbringung des Leitantrages des Landesvorstandes
4. Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
5. Aussprache
6. Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Dr. Dietmar Bartsch
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Beschlussfassung zu den vorliegenden Anträgen
9. Schlusswort

Entwurf

## **Zeitplan**

### **der 1. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 18. Februar 2017 in Lutherstadt Wittenberg**

10.00 Uhr	Eröffnung
10.05 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages <ul style="list-style-type: none"><li>- Abstimmung über die Geschäftsordnung</li><li>- Wahl der Arbeitsgremien</li><li>- Bestätigung der Tagesordnung</li><li>- Bestätigung des Zeitplans</li></ul>
10.15 Uhr	Rede der Landesvorsitzenden
10.30 Uhr	Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
10.45 Uhr	Aussprache
12.15 Uhr	Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Dr. Dietmar Bartsch
12.25 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
12.30 Uhr	Beschlussfassung zu den Anträgen
12.55 Uhr	Schlusswort
13.00 Uhr	Ende



Entwurf

## **Geschäftsordnung**

### **des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

#### **I. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse**

1. Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und – sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird – in offener Abstimmung
  - das Tagungspräsidium
  - die Mandatsprüfungskommission
  - die Wahlkommission
  - die Antragskommission

Das Tagungspräsidium und die Kommissionen werden quotiert und getrennt voneinander gewählt. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden.

2. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet. Es bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
3. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.
4. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

#### **II. Regeln in der Debatte**

5. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer/innen mit beratender Stimme haben Rederecht. Gästen kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
6. Die Tagungsleitung ruft die Tagungsordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner/innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und kann das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.

7. Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium schriftlich einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme zugunsten anderer Redner/innen ist nicht möglich.
8. Die Reihenfolge der Redner/innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die Antragsteller/innen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner/innen zu stellen. Das Tagungspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an Diskussionsredner/innen begrenzen.
9. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagungsordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagungsordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht auf diese Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner/innen zu verlesen.
10. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Diese sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

### **III. Antragstellung/Antragsarten/Beschlussfassung**

11. Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundessatzung bzw. Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend und angemeldet ist.
12. Fristgemäß eingereichte Anträge sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen. Die Antragskommission kann eine Empfehlung abgeben.
13. Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller/innen das Wort, die Redezeit beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dagegen und ein/e Redner/in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten.
14. Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
15. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

16. Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf die vorliegenden Anträge beziehen und diese ändern sollen. Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 5 Tage vor Beginn der Tagung bei der Landesgeschäftsstelle zur Weiterleitung an die Antragskommission einzureichen.  
Zur Begründung von Änderungsanträgen erhalten zunächst die Antragsteller/innen das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dagegen und ein/e Redner/in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 1 Minute.
17. Der/die Antragsteller/innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt. Der Parteitag kann dieser Übernahme auf mündlichen Antrag einer/eines Delegierten in jedem Einzelfall widersprechen.
18. Dringlichkeitsanträge sind selbstständige Anträge zu besonderen politischen Ereignissen oder grundsätzlichen politischen bzw. gesellschaftlichen Veränderungen, deren Anlass nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn der Tagung, eingetreten ist.  
Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.  
Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 10 Prozent der gewählten Delegierten auch unmittelbar auf dem Landesparteitag eingebracht werden.
19. Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder Wiedereröffnen der Redeliste. Sie können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redner/innenliste gestellt werden. Sie werden unmittelbar behandelt. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner/in dagegen und ein/e Redner/in dafür das Wort, die Redezeit beträgt für die Antragsteller/in sowie Gegen- und Fürredner/in 1 Minute. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.
20. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anderslautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird oder sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.  
Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Bei Gleichheit der Ja- und Nein-Stimmen gilt der Antrag als abgelehnt.  
Die Abstimmung erfolgt durch das Erheben der Delegiertenkarte.  
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler/innen ein, die dann tätig werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder wenn von der Tagungsleitung kein eindeutiges Ergebnis ermittelt werden kann.

#### **IV. Weitere Regelungen**

21. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden weiblichen Delegierten ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden. Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für die Tagungsmodalitäten macht das Tagungspräsidium Vorschläge.
22. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.
23. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Über den Ablauf ist eine Niederschrift sowie ein Ton- oder Videomitschnitt zu fertigen und zu archivieren.
24. Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
25. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.

## **Vorschlag zur Besetzung der Arbeitsgremien**

### **des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

#### **Tagungspräsidium**

Eva von Angern	Magdeburg
Heidemarie Ehlert	Dessau-Roßlau
Mareen Kelle	Wittenberg
Angelika Klein	Mansfeld-Südharz
Astrid Meyer	Harz
Henriette Quade	Halle
Pia Schillinger	Saalekreis
Gudrun Tiedge	Börde
Ute Tichatschke	Harz
Petra Weiher	Anhalt-Bitterfeld
Mario Blasche	Stendal
Roland Claus	Burgenlandkreis
Guido Henke	Börde
Frank Hoffmann	Dessau-Roßlau
Dennis Jannack	Magdeburg
Swen Knöchel	Halle
Hendrik Lange	Halle
Jan Wagner	Burgenlandkreis

#### **Mandatsprüfungskommission**

Bettina Kutz	Anhalt-Bitterfeld
Andrea Nowotny	Magdeburg
N. N.	
Günter Rettig	Stendal
Gabriel Rücker	Börde
Felix Teske	Saalekreis

## **Antragskommission**

Janina Böttger	Halle
Sabine Dirlich	Salzlandkreis
Kerstin Eisenreich	LAG Stadtumbau und Wohnungspolitik
Kathrin Gantz	Mansfeld-Südharz
Iris Gottschalk	Magdeburg
Doreen Hildebrandt	Börde
Angelika Hunger	Saalekreis
Dagmar Zoschke	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Achim Bittrich	Halle
Jörg Schindler	Wittenberg
N. N.	
N. N.	
N. N.	
N. N.	
N. N.	

## **Wahlkommission**

Marianne Böttcher	Halle
Bianca Görke	Salzlandkreis
Sandra Heiß	LAG Bildungspolitik
Birgit Kaaden	Wittenberg
Renate Kühl	Anhalt-Bitterfeld
Gritt Kumar	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Diana Theil	Burgenlandkreis
Jutta Walther	Saalekreis
N. N.	

Wolfgang Gottschalk	Magdeburg
Stephan Krull	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Klaus-Dieter Magenheimer	Salzlandkreis
Matthias Schütz	Anhalt-Bitterfeld
Michael Teske	Saalekreis
N. N.	
N. N.	
N. N.	
N. N.	

## Leitantrag

**an die 1. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
am 18. Februar 2017 in Lutherstadt Wittenberg**

### 1 **Gerechtigkeit verbindet**

2  
3 Wer bedroht den sozialen Frieden? Die Armen oder die Reichen? Die Zuwanderer oder die  
4 Einheimischen? Soll Angst weiter die öffentliche Rede bestimmen, soll Gewalt die öffentliche  
5 Auseinandersetzung verrohen? Immer lauter wird in unserer Gesellschaft gestritten. Aber  
6 worüber – über Normen, Zuwanderung und Terrorgefahr. Sind das die grundlegenden Themen  
7 für unsere Zukunft?

8  
9 DIE LINKE fragt dagegen nach dem Weg für mehr Zusammenhalt: Wir wollen streiten für mehr  
10 Gerechtigkeit, verlässliche soziale Sicherheit und bessere Chancengleichheit. Für eine  
11 gerechtere Weltordnung, die Kriege, Klimakatastrophen und Armut wirksam bekämpfen kann.  
12 Unsere Aufgabe ist es, die Scheinwerfer zu drehen: Von unten nach oben. Der  
13 gesellschaftliche Reichtum wird immer ungerechter verteilt. In den Händen weniger  
14 konzentrieren sich immer größere Vermögen, während das Heer der Armen wächst und die  
15 Mittelschicht schrumpft. Grade einmal 100 Menschen halten 50 Prozent des weltweiten  
16 Reichtums in ihren Händen. In Deutschland gehört die Hälfte der gesamten Vermögen nur  
17 den obersten zehn Prozent. Die Löhne schleichen, die Gewinne rennen. Und die Politik  
18 paktiert im Namen von Wirtschaftskraft und Standortvorteil zu oft mit den Besitzenden.

19  
20 Und, je reicher die Reichen werden, desto mehr koppeln sie sich ab. Geschützt vom Blick des  
21 Alltags, sind die wirklichen Parallelwelten entstanden. Minderheitenrechte, wohin man  
22 schaut, Zusatzzahlungen für Aufsichtsräte, Prämien für Börsenmakler, Steuergeschenke für  
23 reiche Erben, für Immobilienbesitzer, für Vermögende. Wer von seinem Kapital lebt, zahlt  
24 weniger als derjenige, der einer Lohnarbeit nachgeht. Wer gut verdient, bekommt mehr  
25 Leistungen einer privaten Krankenversicherung und kann in Würde altern.

26  
27 Dennoch ist der Blick vieler gebannt: Je mehr die Mitte vom Abstieg bedroht ist, desto  
28 genauer schaut sie auf die Leistungen für die Armen. Je stärker die Konkurrenz auf der Arbeit,  
29 desto ängstlicher der Blick auf die, die zu uns kommen. Je mehr die Arbeit mit dem Digitalen  
30 verwächst, desto beklommener der Blick vieler, die von ihrer Hände Arbeit leben. Je näher die  
31 Kriege der Welt rücken, desto misstrauischer der Blick zum eigenen Türschloss. Der  
32 neoliberale Umbau der Gesellschaft hat Spuren hinterlassen. Privat vor Staat hieß die Devise,  
33 wer nicht mitkommt, sich nicht durchsetzt, nichts ansparen kann, hat eben Pech gehabt.

34  
35 Wir sagen: Schluss mit dem Auspielen von Gruppen, Schluss mit Panikmache und dem  
36 Ziehen der nationalen Karte. Solidarität statt Neid muss die Devise heißen. DIE LINKE wird  
37 sich anlegen mit den Mächtigen: Reiche und Superreiche durch eine Millionärs- und eine  
38 Vermögenssteuer stärker in die Verantwortung nehmen. Ein höherer Spitzensteuersatz und

39 eine wirkliche Erbschaftssteuer für die Finanzierung unseres Gemeinwesens. Wer Armut  
40 aufhalten will, muss Reichtum begrenzen. Nicht private Wohltätigkeit, sondern ein wieder  
41 funktionierender Sozialstaat ist die Antwort auf die wachsende Ungleichheit. Eine  
42 leistungsfähige öffentliche Infrastruktur – von Bus und Bahn bis zur Polizeistation – braucht  
43 öffentliche Finanzierung. Eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Eine  
44 Rentenzukunft, vor der man sich nicht fürchten muss. Der Mindestlohn auf der einen Seite  
45 braucht auch einen Höchstlohn auf der anderen. Ungleichheit verschwindet nicht über Nacht:  
46 Nicht Tafeln sollen unsere Kinder satt machen, sondern gutes Essen in KITA, Schule und  
47 Zuhause.

48

49 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dennoch wird sie beschädigt. Jeden Tag. Durch  
50 Armut und Ausgrenzung. Durch Alter und Krankheit. Durch digitale Überwachung. Durch  
51 Gewalt und Krieg. Mit der Aufnahme von Geflüchteten haben wir Menschen in Not endlich  
52 Schutz gegeben. Wer sein Leben rettet, will danach auch ein Leben führen. DIE LINKE setzt  
53 sich dafür ein – gemeinsam mit vielen Tausenden Helferinnen und Helfern. Wir kämpfen  
54 zusammen gegen die Flamme des Hasses, die mit neuer Kraft lodert, gegen rassistische  
55 Abwertung und gegen die alten und neuen Geschichten von Sündenböcken und vom Kampf  
56 der Kulturen. Die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte ist kein Ergebnis deutscher  
57 Leitkultur, die entstand vor dem Eindruck der entsetzlichen Verbrechen des Naziregimes. Wer  
58 mehr Gleichberechtigung, Geschlechtergerechtigkeit und Gerechtigkeit durchsetzen will,  
59 kann nicht gleichzeitig Mauern bauen.

60

61 Im Schlepptau des Rassismus erleben wir die Wiederkehr vergangen geglaubter Schlachten:  
62 Die Familie wird verteidigt, obwohl sie niemand angreift. Frauenrechte sind plötzlich  
63 Herzensangelegenheit der Stammtische. Die Rechte von Lesben und Schwulen werden  
64 angegriffen, als würde ein Zurück ins Verborgene irgendjemandem dienen. Das eigene Glück  
65 wird nicht größer, indem wir es anderen verwehren. DIE LINKE kämpft mit denen, die  
66 Selbstermächtigung und Solidarität zusammenbinden.

67 Zusammen mit denen, die sich von globaler Ausbeutung, Gewalt und Klimawandel bedroht  
68 fühlen statt von Menschen- und Frauenrechten. Gemeinsam mit denen, die sich nicht wie in  
69 TTIPP den Rechtsstaat durch Konzerne aushebeln lassen. Gemeinsam mit denen, die sich in  
70 der Abwägung von Sicherheit und Freiheit nicht durch Angst blind machen wollen.

71

72 Das Integrationshemmnis Nummer Eins ist Armut, nicht die Religion, nicht das Geschlecht,  
73 nicht die Kultur. Ein Wohlstand, mit dem sich Familien gründen lassen, das lange geltende  
74 Aufstiegsversprechen durch Bildung für jedermann, die Zuversicht, dass es den eigenen  
75 Kindern besser gehen wird als einem selbst, die Sicherheit im Alter, all dies ist nicht durch  
76 das Fremde bedroht, sondern durch soziale Ungleichheit. Durch gute Bildung, auskömmliche  
77 Jobs und eine gerechtere Vermögensverteilung gewinnen alle. DIE LINKE ist die soziale  
78 Stimme in der Bundesrepublik und wichtige Kraft für ein gemeinsames Europa. Wir kämpfen  
79 mit allen, die bei dieser Bundestagswahl eine gerechte Gesellschaft als Antwort auf diese Zeit  
80 sehen.







## **Impressum/Kontakt**

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg

Telefon: 0391/ 732 48 40

Fax: 0391/ 732 48 48

Mail: [lgst@dielinke-lsa.de](mailto:lgst@dielinke-lsa.de)

Auflage 300

V.i.S.d.P. Tatjana Behrend

Redaktionsschluss, 16. Januar 2017

[www.dielinke-lsa.de](http://www.dielinke-lsa.de)